

**MANNHEIM BRAUCHT
DEN UMSCHWUNG**

POLITIK NAH AM BÜRGER



Rede zum Haushalt 2024 der Stadt Mannheim

Gehalten am 14. November 2023

Dr. Birgit Reinemund

Vorsitzende der FDP / MfM-Fraktion

im Gemeinderat der Stadt Mannheim

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Die Stadt Mannheim steht 2024 weiterhin vor großen Herausforderungen: Corona scheint zum Glück an Schrecken verloren zu haben.

Beim russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ist noch immer kein Ende in Sicht. Das Leid ist unermesslich. Aktuell erschüttert uns zudem der Terrorangriff der Hamas auf Israel. Solidarität und Hilfe sind für uns selbstverständlich. Wir spüren auch in Mannheim die Auswirkungen all dieser Krisen. Die Flüchtlingszahlen steigen. Lieferengpässe und explodierenden Bau- und Energiekosten treiben die Inflation. Die Konjunktur bricht ein.

Die Unterbringung von Flüchtenden bringt die Kommunen bundesweit mittlerweile an ihre Grenzen. Immer größere Anstrengungen zur Integration sind notwendig. Bund und Länder haben sich auf eine höhere Kostenbeteiligung des Bundes geeinigt. Bleibt zu hoffen, dass das Geld auch in der Kommune ankommt.

Bilanz OB Kurz

Dieser Haushaltsentwurf 2024 ist der letzte unter Federführung von Alt-Oberbürgermeister Peter Kurz. Und er ist vor allem auch eine - miserable - finanzielle Bilanz seiner 16-jährigen Amtszeit:

- Die gesetzliche Mindestliquidität ist erneut nicht über den gesamten Planungszeitraum gewahrt trotz der eindeutigen Auflage des Regierungspräsidiums.
- Mannheim hat die höchste Pro-Kopf-Verschuldung Baden-Württembergs. Jedes in Mannheim geborene Baby kommt bereits mit über 1.700 Euro Schulden auf die Welt.
- Nochmals das 2,5-fache Volumen an Schulden, stetig steigend, ist in Tochtergesellschaften und Eigenbetriebe verlagert. Zinsen und Tilgungen bzw.

Mieten dafür werden die Handlungsspielräume der Stadt über Jahrzehnte einengen.

- Gleichzeitig sind ein Viertel der Straßen und Brücken marode und es ist absehbar kein Geld da, diesen Sanierungsstau abzuarbeiten.
- Mit vielen „Leuchttürmen“ und Prestigeprojekten wurden deutlich mehr neue Bauprojekte auf den Weg gebracht als bezahlbar, auch viele neue, wirtschaftlich nicht tragfähige Projekte, z.B. die Multihalle, 41 Mio. Euro, den Umbau der U-Halle, mind. 12 Mio. Euro, die Interimsspielstätte der Oper OPAL, 31 Mio. Euro usw.,
- während gleichzeitig das Geld für die Sanierung städtischer Gebäude fehlt, z.B. fürs Herschelbad.

Ex-OB Kurz überlässt damit seinem Amtsnachfolger:

- Einen Haushalt am Rande der Genehmigungsfähigkeit
- Ein ungelöstes Problem Klinikum
- Marode Verkehrsinfrastruktur, Straßen und Brücken
- Kaum noch Handlungsspielräume, auch weil er am Ende seiner Amtszeit noch jede Menge kostspielige Beschlüsse durch den GR gepeitscht hat, zum Beispiel
 - o Pläne für einen mit 80 Mio. überdimensionierten neuen Grünhof
 - o Überteuerte Ankäufe von Grundstücken, die sich dann noch nicht einmal für die geplante Flüchtlingsunterbringung als geeignet erweisen
 - o Immer weitere zusätzliche Sozialleistungen der Stadt wie z.B. die Bezuschussung des Deutschlandtickets für Leistungsbezieher mit über 1 Mio/Jahr.
 - o Eine Aufspaltung der Kommunalen Wohnungsbaugesellschaft GBG in mehrere Untergesellschaften, ohne absehbare Synergien, dafür mit noch weniger Einfluss des Gemeinderats.

Umsteuern und Prioritätensetzung OB Specht

Wie gesagt: der vorliegende Haushaltsentwurf ist noch Kurz-Haushalt. Noch keine 100 Tage im Amt ist in der Haushaltsrede von OB Christian Specht dennoch bereits das dringend nötige Umsteuern klar zu erkennen in Richtung solider Finanzen und vernünftiger Prioritätensetzung. Einige Impulse konnte er bereits in diesem Haushalt verankern.

Er verkündet keine neuen Leuchttürme, sondern orientiert sich an den Bedürfnissen der Menschen.

Die FDP / MfM-Fraktion teilt seine Prioritätensetzung bei:

- Kinderbetreuung und Schulen
- Sanierung und Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur, auch in den Stadtteilen
- Ausbau des ÖPNV und des Radwegenetzes
- Klimaschutz mit Erhöhung des Klimafonds, vor allem für Photovoltaikausbau und erstmals einer Haushaltsposition für die energetische Sanierung städtischer Gebäude
- Sicherung der Arbeitsplätze und des Wohlstands durch eine vernünftige Wirtschaftspolitik
- Wir begrüßen, dass er erstmals die Unterstützung des Ehrenamts und der Stadtteile in den Fokus rückt und dies auch mit Geld hinterlegt.
- Auch Sicherheit und Sauberkeit werden endlich stärker betont.

Hier zeichnet sich eine an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Politik ab, die wir lange in dieser Stadt vermisst haben – weg von der Diskussion auf der Metaebene, weg von Schaufensterpolitik und dem Streben nach schönen Titeln fürs Image.

Die von OB Specht formulierten Haushaltsgrundsätze sind eine Blaupause meiner letzten Haushaltsrede:

- Keine neuen Steuern und keine Steuererhöhungen
- Einhalten des Neuverschuldungsverbots
- Haushaltskonsolidierung und Aufgabenkritik, sprich den Mut, endlich zu entscheiden, welche Projekte und welche Aufgaben wegfallen, zeitlich

verschoben oder kostengünstiger umgesetzt werden können. Wir sind gespannt auf konkrete Vorschläge.

- strikte Kostenkontrolle
- Klare Prioritätensetzung

Doch konkret zum vorliegenden Haushaltsentwurf

Auch in diesem letzten Entwurf der Ära Kurz sind die Einnahmen sehr optimistisch hoch, die Ausgaben unrealistisch niedrig angesetzt.

Bei der Gewerbesteuer, die Haupteinnahmequelle der Kommune, ist ein jährliches Wachstum von 15% eingeplant. Und dies bei sich gravierend verschlechternder Konjunktur und Wirtschaftslage. Die Wirtschaftsweisen erwarten für 2023 einen Einbruch um -0,4%, ein Minuswachstum wie es für kein anderes Land Europas und keine vergleichbare Wirtschaftsnation prognostiziert wird. Dies wird sich noch nicht 2024 auf die Steuereinnahmen auswirken, doch spätestens im nächsten Doppelhaushalt werden die Einnahmeerwartungen nach unten korrigiert werden müssen.

Personalkosten und Sozialkosten steigen deutlich und sind immer noch zu niedrig angesetzt. So werden z.B. die absehbaren Mehrkosten für die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes nur zu 50% im Haushalt abgebildet, in der Hoffnung, das Land möge die andere Hälfte tragen. Wo ist die Risikovorsorge, falls das nicht eintrifft?

Richtig ist, die Kommunen brauchen dringend für all die von Land und Bund übertragenen Aufgaben einen auskömmlichen finanziellen Ausgleich. Richtig ist allerdings auch, dass es leider keine Anzeichen gibt, dass dies geschehen wird.

Für Investitionen stehen auch für 2024 und 2025 jeweils rund 200 Mio. zur Verfügung, in dem Wissen, dass die Stadt dieses Volumen rein von den Baukapazitäten gar nicht umsetzen kann. Investitionen bei KiTas, Schulen und Verkehrsinfrastruktur sind dringend notwendig, bei anderen sehen wir durchaus Einsparpotential, z.B. bei der Multihalle oder dem überteuerten Grünhof auf Spinelli.

Auch dieser Haushalt enthält noch keinerlei Ansatz, Kosten zu senken, ein Projekt abzuspecken, zu verschieben oder ganz abzusagen. Wir sind gespannt auf die angekündigten Vorschläge für kommende Haushalte.

Anders als in den Vorjahren ist die gesetzliche Mindestliquidität immerhin für das zu beschließende Haushaltsjahr 2024 und für 2025 gesichert. Es müssen noch rund 48 Millionen erbracht werden, um dies auch für 2026 folgende einzuhalten. Ob der Haushalt so genehmigungsfähig ist, bleibt offen.

Die Schulden im Kernhaushalt bleiben gleich hoch, obwohl seit Jahren die Finanzierung aller neuen Großprojekte in städtische Gesellschaften verschoben wurde, diese Kredite also gar nicht mehr im Haushalt auftauchen. Die Verschuldungsquote im Gesamtkonzern steigt deutlich. Nur noch zwei Tochtergesellschaft, GBG und Parkhausbetriebe, schreiben schwarze Zahlen – eine gefährliche Entwicklung für die Stadt, die alle Ausfallrisiken trägt. Auch das ist ein Ergebnis von 16 Jahren OB Kurz.

Das Klinikum

bleibt das größte Haushaltsrisiko der Stadt. Für 2024 ist der Verlustausgleich bereits beschlossen. Ab 2025 sind erstmals 10 Mio. Euro pro Jahr dafür im Haushalt eingeplant, absehbar zu wenig. In den letzten Jahren musste die Stadt im Schnitt 50 Mio. Euro jährlich aufbringen. Bleibt zu hoffen, dass die Verhandlungen mit dem Land über eine stärkere finanzielle Beteiligung mittels Verbundlösung dieses Jahr endlich zu einem guten Ergebnis gebracht werden können. Das ist wesentlich für die Gesundheitsversorgung der Region, für Forschung und Lehre und für die rund 5000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wirtschaft

Alles, was eine Stadt ausgibt, muss von den Menschen und den Unternehmen erst erwirtschaftet werden. Auch Landes-, Bundes- und EU-Mittel sind Steuergelder!

Grundlage dafür sind vernünftige Rahmenbedingungen für unsere lokale Wirtschaft, ob Industrie-, große, mittlere, kleine Unternehmen oder Einzelselbständige, auch in der Innenstadt. Wenn man so locker 15% jährlich an Mehreinnahmen aus der

Gewerbsteuer einplant in konjunkturell schlechten Zeiten und bei all den Herausforderungen für die Betriebe wie Arbeitskräftemangel, ökologische Transformation und explodierende Energie- und Baukosten. Bleibt die Frage, was wir als Kommune für eine stabile, leistungsfähige Wirtschaft vor Ort tun? Wie wir den Betrieben das Leben leichter machen? Weitere Steuererhöhungsfantasien - wir haben bereits die höchsten Gewerbesteuerhebesätze der Region - sind mit Sicherheit genauso kontraproduktiv wie Mannheimer Sonderwege wie Bettensteuer, Verpackungssteuer und immer striktere Auflagen z.B. in der Außenbewirtschaftung, die unsere Betriebe im Wettbewerb schlechter stellen.

Das Angebot an attraktiven Gewerbeflächen ist sicherzustellen ebenso wie die Erreichbarkeit der Innenstadt und alle für Wirtschaftsverkehre und Pendler notwendigen Verkehrswege. Die FDP / MfM-Fraktion fordert Bürokratieabbau, eine digitale Verwaltung sowie schnellere Genehmigungs- und Anmeldeverfahren. 12 Monate und mehr für eine Baugenehmigung sind inakzeptabel! Unsere Wirtschaftsförderung muss kritische Entwicklungen wie die Verlagerung von Teilbereichen oder Abwanderungsüberlegungen von Unternehmen früher mitbekommen, um gegensteuern zu können. Startup-Betreuung ist wichtig. Sie geben Impulse für Zukunftsbranchen. Aber Steuern und die Mehrzahl an Arbeitsplätzen schultern unsere etablierten Unternehmen.

Die Belange der Wirtschaft müssen stärker in die Entscheidungen der Stadt einbezogen werden. Nur so sichern wir die Basis für sichere, gut bezahlte Arbeitsplätze, sprudelnde Steuereinnahmen und geringere Sozialkosten.

Bildung

Die Investitionen in Bildung bleiben in Mannheim auf einem hohen Niveau. Das ist wichtig und richtig, denn diese sind die Voraussetzung dafür, dass jedes Kind die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben erhält. Das hat für unsere Fraktion oberste Priorität.

Den gesetzlichen Anspruch auf Ganztagsbetreuung gilt es nun dringend umsetzen. Wichtig ist uns, die Vielfalt der Schulformen zu erhalten, unter anderem mit offenen Ganztagschulen dort, wo Schüler, Eltern und Lehrer sich dafür entscheiden.

Eine qualitativ gute, zuverlässige Kinderbetreuung ist das zentrale Thema für junge Familien in Mannheim und hat für uns höchste Priorität.

Im KiTa-Neubau muss die Stadt besser und schneller werden. Es kann nicht sein, dass die Bürgerinnen und Bürger wie in Sandhofen mehrere Jahre auf eine Baugrube starren, weil ein Architektenwettbewerb wichtiger war als eine schnelle und effiziente Projektrealisierung. Unser Vorschlag für eine unkomplizierte Modulbauweise liegt auf dem Tisch.

Die Zusammenarbeit mit den Freien Trägern muss zu einem echten Schulterschluss werden. Die nötigen Investitionen in mehr KiTa-Plätze kann die Verwaltung nur gemeinsam mit den Freien Trägern stemmen. Sparen wir nicht an der falschen Stelle.

Trotz aller Anstrengungen bleibt die Personalgewinnung im KiTa-Bereich eine große Herausforderung. Wir unterstützen die Ausweitung der PiA-Ausbildung wie auch die übertariflichen Zulagen, die der Gemeinderat erst kürzlich beschloss.

Für Sanierung und Neubau der Berufsschulen sind wieder nur Planungsmittel im Haushalt zu finden. Wir fordern, endlich in die Umsetzung zu kommen.

Der Neubau der Stadtbibliothek ist ein wichtiges Projekt für mehr Bildungschancen und Bildungsgerechtigkeit. Die FDP steht zum Neubau am Standort in N2 und ist bereit, andere Projekte zurückzustellen, wenn es notwendig ist, um diese Investition zu stemmen.

Klimaschutz

Klimaschutz und Klimaschutzmaßnahmen sind für unserer Stadt von entscheidender Bedeutung. Wir begrüßen die Aufstockung des Klimafonds auf 10 Mio. Euro/Jahr. Wesentlich ist für uns, dass damit und mit zusätzlichen Fördermitteln die Maßnahmen umgesetzt werden, die die größte CO₂-Einsparung pro eingesetztem Euro erwarten lassen. Den größten Hebel sehen wir im Umbau der Strom- und Wärmeerzeugung und beim Ausbau des ÖPNV.

Gut, dass wir mit Photovoltaik-Projekten der SMART-City GmbH schnelle CO₂-Reduzierungen erzielen können, die zudem noch wirtschaftlich tragfähig sind. Wir

fordern, dass alle dafür geeignete Dachflächen der Stadt primär für Photovoltaik genutzt werden.

Das bürokratische Klein-Klein kommunaler Förderprogramme - parallel zu denen von Bund und Land - bringt uns nicht schnell genug weiter.

Wir begrüßen auch, dass erstmals Mittel für die energetische Sanierung städtischer Gebäude im Haushalt zu finden sind und unterstützen das 1000-Bäume-Programm, das auch in den Stadtteilen Neu- und Nachpflanzungen ermöglicht, um Schatten zu spenden und das Mikroklima zu verbessern. Jeder Baum zählt!

Digitalisierung

Wir sind in Mannheim zwar weiter als andere deutsche Kommunen, aber weit entfernt von einer vollständigen Digitalisierung der Verwaltung und aller Dienstleistungen wie das in anderen Ländern z.B. Estland bereits umgesetzt ist. Wir wünschen uns hier mehr Ehrgeiz und eine bessere Personalausstattung der IT.

Der konsequente Ausbau von Breitband an städtischen Dienststellen und Schulen ist einfach notwendig. Außerdem braucht die Feuerwehr im Rahmen der Umsetzung des Brandschutzbedarfsplan ein digitales Update, das auch die Freiwilligen Feuerwehren mit einbindet.

IT- und Cybersicherheit in der Stadt und ihren Gesellschaften braucht eine bessere Personal- und finanzielle Ausstattung. Das Funktionieren der Verwaltung und unserer kritischen Infrastruktur muss jederzeit gewährleistet sein.

Infrastruktur

Auch bei der Sanierung städtischer Infrastruktur muss OB Specht jetzt mit den Altlasten seines Vorgängers umgehen. Zwei Drittel der städtischen Gebäude sind laut eigener Aussage der Stadt in einem baulich und energetisch schlechten Zustand! Die Flickschusterei auf Mannheims Straßen ist den Bürgerinnen und Bürgern schon lange ein Dorn im Auge. Eine Folge von 16 Jahren OB Kurz, die uns noch über Jahrzehnte beschäftigen wird. Gleiches gilt für den enormen Sanierungsbedarf der Mannheimer Brücken.

Wir unterstützen Sie, Herr Oberbürgermeister, gerne dabei, für Sanierungen mehr Geld bereitzustellen. Eine Million mehr für die Straßensanierung ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein, dennoch ein wichtiger erster Schritt. In den kommenden Jahren werden weitere folgen müssen. Selbes gilt für Ausbau und Erhalt der Radinfrastruktur. Nur ein gut gepflegtes, lückenloses Netz von Radwegen ermöglicht die wirklich freie Wahl des Verkehrsmittels.

Der Ausbau des ÖPNV ist ein wichtiger Bestandteil der angestrebten Verkehrswende, stößt im dicht bebauten Stadtgebiet jedoch flächenmäßig an seine Grenzen. Warum also nicht in die Höhe gehen und über Seilbahnstrecken nachdenken? Wir setzen uns seit Jahren für eine Seilbahn über den Rhein ein, ein kostengünstiges Pilotprojekt, das den Verkehr schon während der Bau- und Sanierungsphase der Brücken nach Ludwigshafen entlasten würde.

Apropos marode Infrastruktur: Auch die Sanierung des Fahrlachtunnels, des Carl-Benz-Stadions und nicht zuletzt auch des Herschelbads werden in den nächsten Haushalten auf uns zu kommen. Wir müssen endlich wieder vor die Welle kommen, statt dem Sanierungsstau endlos hinterherzulaufen.

Personal

Ausbildung, Fortbildung, Personalgewinnung und Fürsorge für unser rund 8000 Mitarbeiter der Stadt ist uns ein zentrales Anliegen. Seit Beginn der Coronakrise und des Ukraine-Krieges haben die städtischen Mitarbeiter enorme Zusatzbelastungen zu schultern und ein Ende ist nicht absehbar. Wir danken allen Beteiligten für Ihren andauernden Einsatz.

In vielen Bereichen wie Kinderbetreuung, Sozialbereich, IT oder Feuerwehr werden wir weiterhin deutliche mehr Personal brauchen.

Auch Aufgabenübertragungen durch Bund und Land erhöhten den Arbeitsaufwand in der Verwaltung enorm, vor allem im Sozialbereich. Und nicht zuletzt erfindet der Gemeinderat immer neue zusätzliche Aufgaben wie die Abwicklung von Kleinstförderungen z.B. für einen Mini-Zuschuss für Stoffwindeln.

Das kann so nicht weitergehen – aus Kostengründen, vor allem aber, weil zusätzliches Personal kaum noch zu finden ist. Viele Stellen in der Verwaltung sind

heute schon unbesetzt – in der Ausländerbehörde rund 30% -, viele Mitarbeitende an der Belastungsgrenze.

Lassen Sie uns darüber reden, wie wir Aufgaben reduzieren und Strukturen verschlanken!

Die FDP / MfM-Fraktion sieht anerkennend, dass die Stadt weiterhin auch selbst in großem Maße ausbildet und qualifiziert, Aufstieg und Quereinstieg ermöglicht und mit guten Arbeitsbedingungen und Wertschätzung Personal bindet.

Ehrenamt, Stadtteile

Mannheim ist eine Stadt der starken Stadtteile. Wichtiger als rund 31 Millionen Euro für eine temporäre Opernhalle für Wenige ist uns eine funktionierende Vereinsinfrastruktur auch in den Stadtteilen. Lebendige Stadtteile leben vom ehrenamtlichen Engagement der Bürgerinnen. Daher ist es wichtig, zum Beispiel das Sport- und Kulturzentrum Wallstadt weiter voranzubringen. Auch die Kulturhalle Feudenheim wartet noch immer auf eine Sanierung.

OB Specht hat erstmals einen Fonds vorgeschlagen für Veranstaltungen im öffentlichen Raum und für das Ehrenamt - eine super Initiative! Und es ist gut, dass die Stadt unseren Antrag aufgenommen hat und jetzt einen zentralen Ansprechpartner für Vereine etabliert. Bleibt zu prüfen, wo Bürokratie und Auflagen weiter abgebaut werden können.

Sport

Ein Großteil des Sportangebots ist ehrenamtlich und findet in den Stadtteilen statt. Spitzensport und Breitensport können sich weiterhin auf unsere Unterstützung verlassen.

Kultur

Wir schätzen unsere großen städtischen Kultureinrichtungen und setzen uns für ihre angemessene Finanzierung ein. Die Sanierung des NTM ist der mit Abstand größte

Kostenblock. Die FDP steht zu dieser Grundsatzentscheidung. Die Ersatzspielstätte für die Oper haben wir von Anfang an als zu teuer abgelehnt. Mittlerweile 31 Millionen für eine Interimslösung sind nicht vermittelbar.

Wie viel ärmer wäre unsere vielfältige Kulturlandschaft ohne die Freie Szene in Mannheim. Gut, dass trotz schwieriger Haushaltslage, die Förderung der Freien Szene aufgestockt werden konnte.

Fazit

Wir sehen in der Rede von OB Specht klar formulierte Lösungsansätze für die finanziellen Herausforderungen unserer Stadt, die wir uneingeschränkt teilen:

- Angemessener Kostenersatz durch Land und Bund
- Keine Steuererhöhungen, sondern Unterstützung der Wirtschaft, denn nur eine stabile und leistungsfähige Wirtschaft sichert Steuererträge für die Stadt sowie Arbeitsplätze und Wohlstand für die Menschen und senkt damit Sozialkosten.
- Ein vernünftiges Maß an Investitionen, begrenzt auf Zukunftsinvestitionen
- Digitalisierung, Bürokratieabbau
- Prüfen, welche Aufgaben die Stadt in welchem Umfang wirklich übernehmen muss.
- Keine Neuverschuldung und damit weniger Zins- und Tilgungsverpflichtung und Erhalt von Handlungsspielräumen

Nach 16 Jahren Politik kostspieliger Visionen auf Metaebene sieht die FDP / MfM-Fraktion erstmals einen Richtungswechsel in der Denk- und Herangehensweise. Weg vom Verteilen aus dem Füllhorn hin zur Prioritätensetzung beim Notwendigen. Weg von „Leuchttürmen“ hin zu den konkreten Bedürfnissen der Menschen.

Der Haushalt hält zumindest für 2024 und 2025 die Mindestliquidität ein, setzt den ein oder anderen richtigen Impuls in Richtung Infrastruktur, Klimaschutz und Ehrenamt. Wir erwarten, mehr davon im nächsten - dann wieder - Doppelhaushalt zu finden.

Unter der Voraussetzung, dass der Gemeinderat in den anstehenden Haushaltsberatungen diesen Haushaltsentwurf nicht deutlich verschlechtert, wird die FDP / MfM-Fraktion - erstmals seit Jahren - diesem Haushalt zustimmen.

Dank

Ich danke den Mitarbeitern der Verwaltung, die an diesem Haushaltsentwurf mitgewirkt haben. Meinen KollegInnen Volker Beisel, Kathrin Kölbl und Wolfgang Taubert sowie unserem Geschäftsführer danke ich für die gute Zusammenarbeit bei der Bearbeitung des Haushaltsentwurfs, allen Institutionen und Bürgern für Ihre Anregungen und Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!